Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 11 (1991)

Heft: 22

Artikel: Wie die Schweiz von Kolumbien profitiert : eine Analyse der bilateralen Zahlungsbilanz

Autor: Knöpfel, Carlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652589

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Carlo Knöpfel

Wie die Schweiz von Kolumbien profitiert

Eine Analyse der bilateralen Zahlungsbilanz

Wir können die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kolumbien auf verschiedene Art und Weise darstellen. Sehr oft illustrieren wir die konkreten Unterdrückungs- und Abhängigkeitsstrukturen an Hand von Beispielen. Wir beschreiben, unter welchen prekären Verhältnissen die Frauen in den Blumenplantagen von Bogota Rosen für die Kunden in der Schweiz produzieren; wir belegen die Verkaufspraktiken einzelner Pharmamultis und demonstrieren, wie Drogenbosse ihr Geld aus dem Kokaingeschäft auf schweizerischen Bankenkonti verschwinden und weisswaschen lassen können. Diese Einzelbeispiele sind wichtig. Sie zeigen bildhaft auf, was sich in der real existierenden Weltwirtschafts-Un-Ordnung ereignet.

Ebenso wichtig wie diese Mikro-Perspektive ist aber auch die Analyse auf der Makro-Ebene. Die sogenannte bilaterale Zahlungsbilanz zwischen der Schweiz und Kolumbien stellt hierzu ein wichtiges Arbeitsinstrument dar. Aus einer solchen bilateralen Zahlungsbilanz können wir beispielsweise herauslesen, welche Güter von Kolumbien in die Schweiz oder von der Schweiz nach Kolumbien verkauft werden, wieviele Kredite die Schweiz Kolumbien bereits gewährt hat, ob Kolumbien für die schweizerischen Konzerne ein interessantes Investitionsland ist.

Der Ökonom Roland Herzog hat in einer umfangreichen Studie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kolumbien im Rahmen einer solchen bilateralen Zahlungsbilanz nachgezeichnet(1). Die wichtigsten Resultate sollen im folgenden zusammengefasst und kommentiert werden. Herzstück der Studie ist die zahlenmässige Schätzung der bilateralen Zahlungsbilanz zwischen der Schweiz und Kolumbien zwischen den Jahren 1973 und 1988 in Millionen US-Dollars aus der Sicht Kolumbiens (Darstellung 1). (Darstellung 1).

Ein erster Blick auf die Darstellung zeigt uns, dass der Saldo der bilateralen Zahlungsbilanz für Kolumbien gegenüber der Schweiz deutlich negativ ist. Kolumbien kauft mehr Güter und Dienstleistungen in der Schweiz ein als es dorthin verkaufen kann. Ausserdem erhält das Land nicht genügend finanzielle Mittel aus der Schweiz, um dieses Defizit bei den laufenden Transaktionen auszugleichen. Diese Mittel muss es sich "andernorts" beschaffen. Nachdem uns die Darstellung 1 einen ersten Überblick über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kolumbien verschafft hat, wollen wir uns nun die einzelnen Posten dieser bilateralen Zahlungsbilanz etwas genauer betrachten.

Bilaterale Handelsbilanz

Für beide Länder sind die gegenseitigen Handelsbeziehungen nicht von er-

strangiger Bedeutung. Für die Schweizer Wirtschaft ist Kolumbien ein sogenanntes Drittwelt-Land unter vielen, mit denen sie wirtschaftliche Beziehungen aufrecht erhält; die kolumbianische Wirtschaft ist demgegenüber vor allem auf die USA orientiert. Die Zusammensetzung der Handelsware widerspiegelt dennoch die typischen Verhältnisse zwischen einem zentralen und einem peripheren Land der Weltwirtschaft.

Darstellung 1

Bilaterale Zahlungsbilanz Schweiz - Kolumbien 1973 - 1988, in Mio $, aus der Sicht Kolumbiens

A Handelsbilanz		- 520
Exporte	+ 419	
Importe	- 939	
B Dienstleistungsbilanz		- 226
Transport u.ä.	+ 18	
Tourismus	+ 26	
Kapitalerträge	- 240	
übrige DL	- 30	
C Einseitige Übertragungen		+ 44
D Bilanz der laufenden Transkationen		**- 702**
E Kapitalbilanz		+ 264
Direktinvestitionen	+ 112	
Verschuldung		
- öffentlich	+ 32	
- privat	+ 120	
F Saldo der bilateralen Zahlungsbilanz		**- 438**

Kolumbien exportiert praktisch ausschliesslich Rohstoffe und (unverarbeitete) Agrarprodukte in die Schweiz: Rohkaffee, Bananen, Baumwolle, Blumen und dazu – statistisch fast nicht erfassbar – die Schmuggelwaren Smaragde und Kokain. Trotz dem Preiseinbruch beim Rohkaffee ist und bleibt dieses Produkt die wichtigste legale Handelsware Kolumbiens gegenüber der Schweiz. Wertmässig könnte der Kaffee allerdings, so zeigen Schätzungen, vom Kokain und eventuell auch von den Smaragden in den letzten Jahren übertroffen worden sein(2). Umgekehrt exportieren die schweizerischen Firmen eine breite Palette von Produkten aus der Maschinen- und Metall- sowie der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Vor allem bei der zuletzt genannten Branche hat eine kontinuierliche Ausdehung der Exporte stattgefunden. Mit Ausnahme des Rohkaffees sind die Preise für die kolumbianischen Exportwaren relativ stabil geblieben. Umgekehrt musste aber für die Importe aus der Schweiz im Laufe der Zeit teilweise deutlich mehr bezahlt werden. Damit verschlechterte sich das Preisverhältnis, also die sogenannten bilateralen "terms of trade" über die Jahre; auch dies ein typisches Phänomen wirtschaftlicher Beziehungen zwischen sogenannten

Dritt- und Erstweltländern.

Kolumbien gelang es nicht, die Verschlechterung der Preisrelation über eine Ausdehnung der verkauften Gütermengen zu kompensieren. Zwischen 1973 und 1988 konnten vielmehr die schweizerischen Unternehmen deutlich mehr Güter nach Kolumbien exportieren als umgekehrt kolumbianische Firmen Waren in die Schweiz. Daraus resultierte ein Handelsbilanzdefizit für legal gehandelte Waren von 520 Millionen US-Dollar für Kolumbien gegenüber der Schweiz.

Bilaterale Dienstleistungsbilanz

Auch bei der bilateralen Dienstleistungsbilanz sieht das Bild der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht wesentlich anders aus. Lediglich beim Warentransport und im Tourismus erreicht Kolumbien einen Überschuss. Dabei muss das positive Resultat beim Tourismus erst noch mit Vorsicht genossen werden, ist doch bekannt geworden, dass dieser Posten der Zahlungsbilanz in Kolumbien gerne für die Verbuchung zurückfliessender Gelder aus dem Kokaingeschäft herangezogen wird. Der positive Saldo durch das Transportwesen und den Tourismus wird aber schon zu einem beträchtlichen Teil durch den negativen Saldo bei den Versicherungen und den weiteren Dienstleistungen wie Überweisungen für die Nutzung von patentierten Technologien wieder aufgewogen.

Der grösste negative Unterposten der bilateralen Dienstleistungsbilanz stellen aber die von Kolumbien in die Schweiz transferierten oder reinvestierten Kapitalerträge dar. Sie setzen sich aus den Gewinnen schweizerischer Multis in Kolumbien und den Amortisations- und Schuldzinszahlungen für öffentliche und private Kredite aus der Schweiz zusammen. Allerdings verlassen nicht alle Kapitalerträge das Land. Beträchtliche Teile der ausgewiesenen Gewinne der schweizerischen Multis werden in Kolumbien reinvestiert, sei dies durch den Ausbau der schon getätigten Investitionen, sei dies durch den Aufkauf von anderen Unternehmen in Kolumbien. Summa sumarum ergibt sich so auch bei der bilateralen Dienstleistungsbilanz ein aufgelaufenes Defizit von mehr als 200 Millionen US-Dollars.

Der Posten "einseitige Übertragungen" enthält als wichtigste Beiträge die öffentlichen und privaten Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe der Schweiz gegenüber Kolumbien. Von 1974 bis 1988 belief sich dieser Betrag auf eine geschätzte Summe von rund 44 Millionen US-Dollar. Dabei ist der Anteil der privaten Hilfsorganisationen um einiges höher als derjenige der Bundesmittel. Die gesamte jährliche Summe erreicht übrigens erst seit 1986 etwas mehr als die Hälfte (!) des offiziellen Gewinn- und Dividententransfers der schweizerischen Firmen aus Kolumbien in die Schweiz.

Im Beobachtungszeitraum hat sich der Saldo der laufenden Transaktionen im Verhältnis zwischen der Schweiz und Kolumbien immer stärker zuungunsten des lateinamerikanischen Landes verschoben und sich auf ein Defizit von rund 700 Millionen US-Dollar aufsummiert. Es stellt sich damit die Fra-

ge, wie Kolumbien dieses Defizit mit der Schweiz kompensiert hat, woher also die Devisen kamen, um das Mehr an Ausgaben für Güter- und Dienstleistungsimporte gegenüber den entsprechenden Exporteinnahmen zu finanzieren. Dafür standen der kolumbianischen Regierung verschiedene Möglichkeiten offen.

Möglichkeiten zum Ausgleich des Defizits bei den laufenden Transaktionen

Die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten, die wir im folgenden näher betrachten wollen, schliessen sich nicht gegenseitig aus, sondern gehören neben weiteren Alternativen zum "Repertoire" einer jeden Aussenwirtschaftspolitik. Allerdings sind die innenpolitischen Auswirkungen der verschiedenen Varianten sehr unterschiedlicher Art. Wir kommen darauf in den einzelnen Kapiteln zu sprechen.

Eine *erste* Möglichkeit zur Verbesserung des Defizits in der bilateralen Bilanz der laufenden Transaktionen ergibt sich aus der *Quasi-Legalisierung der Smaragd- und Kokainwirtschaft*. Würden wir die Exporteinnahmen aus diesen "Branchen" in der bilateralen Zahlungsbilanz berücksichtigen, könnte sich möglicherweise sogar ein positiver Saldo gegenüber der Schweiz ergeben. Allerdings fliesst nur ein geringer und auch nur sehr schwer zu schätzender Teil der Einnahmen aus dem Kokaingeschäft nach Kolumbien zurück. Die Rede ist von mehreren hundert Millionen US-Dollar jedes Jahr, die den Weg zurück nach Kolumbien finden. Immerhin ist klar, dass ein Teil der Drogen-Gelder zur Finanzierung von Exportgeschäften der schweizerischen Industrie herangezogen wird.

Die kolumbianische Regierung ist sichtlich bemüht, weitere Anreize für die Kokainmafia zu schaffen, damit diese die eingenommenen Dollars an den berühmten Schaltern der Nationalbank gegen Pesos einwechseln und ihr Geld vermehrt im eigenen Land investiert. Dazu gehört das Auslieferungsverbot an die USA, das in der neuen Verfassung verankert wurde, ebenso, wie der Burgfriede, den die Administration Gavíria mit dem Medellín-Kartell eingegangen ist.

Eine *zweite* Möglichkeit, *die Exportoffensive*, ergäbe sich aus erzielten Überschüssen in den Handelsbilanzen mit anderen Ländern. Zu Beginn der 80er Jahre war jedoch auch die globale – das heisst gegenüber allen Ländern – Handelsbilanz negativ. Die globale Dienstleistungsbilanz zeigt sogar über den ganzen Untersuchungszeitraum negative Salden. Insgesamt konnte Kolumbien somit nur von 1976 bis 1980 sowie 1986 und 1987 einen kleinen globalen Überschuss in der Bilanz der laufenden Transaktionen ausweisen und so das defizitäre Geschäft mit der Schweiz finanzieren.

Trotz aller "guter" Ratschläge seitens der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und führender Politiker aus den USA und der Europäischen Gemeinschaft ist es der kolumbianischen Wirtschaftspolitik bisher nicht gelungen, eine langandauernde Exportoffensive zu starten. Die von der Regierung Gavíria verfolgte Öffnung der kolumbianischen Wirtschaft scheint zwar zu einer verstärkten Umstrukturierung Richtung Exportwirtschaft zu

führen, weitreichende Erfolge auf den Weltmärkten blieben bisher aus.

So führt die prekäre Situation zur *weiteren Verschuldung des Landes* – die *dritte* Möglichkeit. Dabei stellt sich die Frage, ob von der Schweiz genügend private und öffentliche Kredite Kolumbien zugeflossen sind, um das aufgelaufene Defizit zu finanzieren.

Es wird geschätzt, dass über den gesamten Zeitraum von 1973 bis 1988 54,4 Millionen US-Dollar als öffentliche Kredite gewährt wurden; davon amortisierte Kolumbien 40,2 Millionen und bezahlte 16 Millionen an Zinsen. Damit müsste eigentlich in der Kapitalbilanz ein Saldo von 14,2 Millionen US-Dollar entstanden sein. Tatsächlich beträgt er aber rund 32 Millionen US-Dollars. Die Differenz erklärt sich durch die eingetretene Aufwertung des Schweizer Franken gegenüber dem US-Dollar. So ist die öffentliche Verschuldung Kolumbiens gegenüber der Schweiz um 18 Millionen US-Dollar gewachsen, ohne dass im gleichen Mass auch die Preise der kolumbianischen Exportprodukte nachgezogen wären. Kolumbien muss heute also bedeutend mehr exportieren, um dem Schuldendienst termingerecht nachkommen zu können.

Vergleichen wir die jährlich beanspruchten Kredite mit dem jährlichen Schuldendienst, so liegt über den ganzen Zeitraum betrachtet ein Kapitalabfluss vor! Kolumbien zahlte damit der Schweiz mehr zurück als es in diesen Jahren an Krediten bekam. Diese Kredite konnten ausserdem gar nicht zur Finanzierung des Saldos der laufenden Transaktionen herangezogen werden. Neben einigen wenigen Projektfinanzierungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit war die Vergabe der Kredite direkt an Käufe von schweizerischen Firmen gebunden. Die schweizerische Regierung betrieb damit Exportförderung für die schweizerische Industrie.

Wurden diese Kredite wenigstens produktiv verwendet? Mehr als die Hälfte der Gelder flossen in den Energiesektor, 17 Prozent in das Transportwesen und nochmals 15 Prozent in den gänzlich unproduktiven Militärsektor. Aber auch beim Energiesektor sind einige Fragezeichen angebracht. Kolumbien verfolgt seit Jahren ein überdimensioniertes Energieerzeugungsprogramm. Inzwischen ist der Energiesektor für rund 40 Prozent der öffentlichen Verschuldung verantwortlich, und praktisch die gesamten Einnahmen aus dem Verkauf der Energie werden für den Schuldendienst benötigt.

Neben der öffentlichen Verschuldung flossen auch Kredite von privaten (Banken, Unternehmen) aus der Schweiz nach Kolumbien. Analysiert man die spärlich vorliegenden Zahlen, so findet man einige Hinweise darauf, dass die privaten Kredite deutlich höher verzinst wurden als die öffentlichen Gelder. Daran lässt sich die weitere Vermutung anschliessen, dass damit auch ein versteckter Gewinntransfer verbunden ist: Das Stammhaus in der Schweiz vergibt seiner Tochterfirma in Kolumbien Kredite zu überhöhten Konditionen, um so Geld aus Kolumbien herausfliessen zu lassen.

Fassen wir die vorliegenden Zahlen zusammen, so muss gesagt werden, dass die Verschuldung Kolumbiens gegenüber der Schweiz sehr klein ist. Oder umgekehrt formuliert: Die Kredite, die die Schweizer Wirtschaft und der Bund Kolumbien gewährte, reichten nie aus, den negativen Saldo der

laufenden Transaktionen zu finanzieren. Im Gegenteil: Der Schuldendienst ist spätestens seit 1986 höher als die Auszahlungen. Dieser Kapitalabfluss verstärkt sich zur Zeit und wird in den kommenden Jahren gravierende Ausmasse annehmen, wenn nicht neue Kredite seitens der Schweizer Regierung zugesprochen werden.

Bleibt eine *vierte* Möglichkeit, das Defizit in der Bilanz der laufenden Transaktionen zu decken: die *Förderung ausländischer Direktinvestitionen* multinationaler Firmen, ebenfalls ein nie fehlender Punkt auf der "Empfehlungsliste" des internationalen Währungsfonds zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Die in Kolumbien registrierten Direktinvestitionen aus der Schweiz stiegen von 20 Millionen US-Dollar anfangs 1973 auf 137 Millionen Ende 1988. Dabei handelt es sich aber zu einem ansehnlichen Teil um lediglich über den schweizerischen Finanzplatz abgewickelte Investitionen europäischer Konzerne.

Die wichtigsten schweizerischen Investitionen tätigte Nestlé, gefolgt von den beiden Schmidheinys (Pavco und Cementos Boyaca) und den Basler Chemiemultis. Eine wichtige Stellung nehmen im Kaffeegeschäft die (inzwischen an Phillip Morris) verkaufte Jacobs Suchard, Nestlé und die Erb-Gruppe ein, im Transportsektor Panalpina und Danzas und bei den Versicherungen die Schweizer Rück. Ebenfalls präsent sind SIKA, ABB, Firmenich, Societé Générale de Surveillance, Schindler, Sulzer und Ascom. Die schweizerischen Grossbanken sind nur mit Repräsentationsbüros vertreten, können jedoch auch so alle sie interessierenden Geschäfte abwickeln.

Betrachten wir den eigentlichen Devisentransfer (denn nur dieser wäre dem Ausgleich des Defizits bei den laufenden Transaktionen förderlich), so fällt auf, dass mit Ausnahme der von Ciba-Geigy transferierten Gelder relativ wenig zugeflossen ist. Das meiste, was als Direktinvestitionen abgebucht wird, sind reinvestierte Gewinne. Diesem geringen Zufluss an Devisen, geschätzt werden ungefähr 50 Millionen US-Dollar, stehen bedeutend höhere Abflüsse gegenüber. Sie ergeben sich aus Gewinn- und Dividendentransfers der Töchterhäuser an die Stammhäuser, aus Zahlungen für Technologie und Know-how, aus Zinszahlungen für gewährte Kredite sowie aus Zahlungen für importierte Vorprodukte.

Gesamthaft betrachtet müssen wir davon ausgehen, dass die schweizerischen Direktinvestitionen sich eher negativ auf den Saldo der bilateralen Zahlungsbilanz auswirkten, jedenfalls nichts zur Verbesserung des Saldos bei den laufenden Transaktionen beitrugen. Und dies, obwohl die kolumbianische Zentralbank eine Devisenkontrollpolitik verfolgt, um das Defizit bei der Bilanz der laufenden Transaktionen nicht völlig unkontrolliert anwachsen zu lassen. Es gibt allerdings zahlreiche Möglichkeiten, diese Devisenkontrollen zu unterlaufen. Die meisten Methoden fallen unter die Stichworte Unterfakturierung und Überfakturierung. Weil im Rahmen dieser Devisenkontrollen insbesondere Unternehmensgewinne nicht ohne weiteres und "gratis" in die Schweiz transferiert werden können, müssen, wie schon kurz angedeutet, andere Wege gefunden werden, das Geld ausser Land zu bringen.

Zum Beispiel durch Unterfakturierung von Exporten. Den kolumbianischen Zollbehörden werden zu tiefe Warenwerte angegeben. Die Differenz zu den tatsächlich erzielten Verkaufspreisen – bei den Blumen spricht man von einer Unterfakturierung von bis zu 30 Prozent – bleibt auf ausländischen Konti und geht dem kolumbianischen Staat als Deviseneinnahmen verloren.

Zum Beispiel durch Überfakturierung von Lieferungen aus dem Stammhaus in der Schweiz an die Tochterfirma in Kolumbien. Dieser wird eine überhöhte Rechnung für gelieferte Wirksubstanzen, die dann zu Fertigprodukten weiterverarbeitet werden, ausgestellt. Auch so kann ein versteckter Gewinntransfer abgewickelt werden.

Fazit

Es dürfte deutlich geworden sein, dass die Schweiz in einem beträchtlichen Ausmass von Kolumbien finanziert wird, indem dieses Land bedeutend mehr Geld für Waren und Dienstleistungen bezahlt als es einnimmt. Der entstehende Saldo kann Kolumbien nur zu einem kleinen Teil durch die bilateralen Kapitalströme finanzieren. Verschärft wird diese Situation durch den in den letzten vier Jahren des Untersuchungszeitraums ermittelten beachtlichen Kapitalabfluss Richtung Schweiz. Kolumbien sieht sich gezwungen, sich "anderswo" Devisen zu beschaffen, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz zu finanzieren. Für die Schweiz hingegen ergibt sich eine äusserst profitable Situation.

Vorübergehende Defizite in der Bilanz der laufenden Transaktionen und "Überschüsse" in Form von aufgenommenen Krediten in der Kapitalbilanz sind für ein Land, das sich in einer Phase der "nachholenden" Industrialisierung befindet, per se kein schlechtes Zeichen. Das Land benötigt in dieser Situation teure Investitionsgüter und verschuldet sich, um eine moderne Infrastruktur aufzubauen. So lautet zumeist die Lehrbuchargumentation. Die Realität sieht sehr oft anders aus. Kolumbien – und mit diesem Land viele andere lateinamerikansiche Länder – verstrickt sich immer tiefer im Dschungel der Handelsbilanzdefizite, der wachsenden Schuldendienste und der forcierten Exportförderung ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen.

Das hat vielerlei Gründe.

Es hat sich gezeigt, dass nur ein geringer Teil der aufgenommenen Kredite auch wirklich für produktive Investitionen verwendet wurden. Der grosse Rest des Geldes verschwand entweder in den Taschen der Oligarchie oder wurde für militärische Zwecke und Prestigebauten – sogenannte weisse Elefanten – verschwendet. Die Exportanstrengungen werden zudem durch eine protektionistische Politik der westlichen Industrieländer desavouiert. Statt offene Märkte finden die Länder zahlreiche Hürden in Form von Zöllen und anderen nicht-tarifären Auflagen an, die es ihnen schwer machen, erfolgreich zu sein. Beredetes Beispiel dieser doppelzüngigen Politik der Industrieländer ist deren Haltung in den GATT-Verhandlungen. Im Rahmen der Uruguay- Runde fordern die peripheren Länder den freien Zugang zu den

Agrarmärkten der Europäischen Gemeinschaft. Bisher stiessen sie allerdings auf taube Ohren.

Inzwischen führt der Druck der Verschuldungssituation auf verschiedenen Rohstoffmärkten zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den lateinamerikanischen Ländern mit der Folge, dass bei steigenden Absatzmengen die Preise in den Keller sacken und die Umsätze stagnieren, wenn nicht gar fallen. Herausragendes Beispiel dafür sind die Vorgänge auf dem Kaffeemarkt.

Die realexistierende Weltwirtschafts-Un-Ordnung erlaubt es den lateinamerikanischen Ländern im Moment praktisch nicht, sich auch nur ein klein wenig aus diesen Abhängigkeitsstrukturen zu befreien. Kommt dazu, dass es die einheimische Oligarchie noch immer vorzieht, mit den multinationalen Firmen und dem Internationalen Währungsfonds am gleichen Strang zu ziehen und den Druck an die Bevölkerung weiterzugeben, statt den noch vorhandenen Spielraum für eine eigenständige Entwicklung zu nutzen.

Spiegelbild dieser Situation ist die anhaltende Kapitalflucht, die das mangelnde Vertrauen der Oligarchie in die eigene Wirtschaftspolitik nur allzu offensichtlich macht. Es finden sich Hinweise, dass die KolumbianerInnen inzwischen im Ausland über Konti in der Höhe von rund 18 Milliarden US-Dollars verfügen sollen. Dieser Betrag würde sogar die gesamte Verschuldung Kolumbiens übertreffen. Von diesen 18 Milliarden sollen 12 Milliarden in den USA und beachtliche 5 Milliarden US-Dollar auf Schweizer Bankenkonti liegen. Diese Angabe wurde bisher von schweizerischen Bankenkreisen nicht bestritten.

Anmerkungen

1) Roland Herzog: Die schweizerisch-kolumbianischen Wirtschaftsbeziehungen. S. 200, Fastenopfer, Luzern 1991. Die Kurzfassung der Studie (28 S. Fr. 5.-) ist erhältlich bei der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 405, 6043 Adligenswil.

   Auftraggeber dieser Studie war die Hilfswerk-Koordination Kolumbien. Durch diese Studie in Rage bringen liess sich der Schweizer Botschafter Niederberger in Bogotá. Er, verantwortlich auch für die Reputation des 'Schweizer Clubs' in Kolumbien, protestierte beim EDA heftig gegen diese die Schweiz in Misskredit bringende Hilfswerk-Studie; die Aussagen der Studie wurden aber nicht dementiert. Seiner Ansicht nach sollten Hilfswerke und Industrielle wie Schmidheiny an Ort und Stelle "zusammenspannen".

2) Als Minimalschätzungen der Einkünfte aus dem Kokaingeschäft in Kolumbien zitiert die NZZ (19.10.91) aus den Latin America Newsletters: Exporterlös von 11 136 (in Millionen Dollar), Herstellungskosten von 3 975, Saldo von 7 161 Millionen Dollar. Der NZZ-Berichterstatter konstatiert ein "Ungenügen der konventionellen Bekämpfungsstrategien"; die "Drogenbekämpfungshilfe der USA an die Andenländer" beträgt im Haushaltsjahr 1991/92 seines Wissens voraussichtlich 250 bis 300 Millionen Dollar.